

Amts- und Anzeigebatt

für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Tageblatt für Eibenstock, Carlsfeld, Hundshübel, Neuheide, Oberstühengrün, Schönheide, Schönheiderhammer, Sosa, Unterstühengrün, Wildenthal usw.

Bezugspreis vierteljährlich 3 M. 75 Pf. oder
monatlich 1 M. 25 Pf. in der Geschäfts-
stelle, bei unseren Händlern sowie bei allen Zeitungs-
händlern. — Erhält täglich abends mit
Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den
folgenden Tag.

zu feste Wörter Gewalt — Krieg oder sonstiger ungewöhnlicher
Zustand des Staates der Zeitung, der Beleidigung oder der
Verhetzung oder Verleumdung — hat der Drucker keinen Anspruch
auf Weitergabe oder Nachforderung der Zeitung oder zu keiner
Abnahme des Beitrages.

Verl.-Adr.: Amstett.

Besitz und Herausgabe: Emil Hannebohn in Eibenstock.
66. Jahrgang.

Anzeigenpreis: die kleinste Zeile 25 Pf.,
Im Blattende die Zeile 50 Pf. Im am-
liehen Teile die gesetzte Zeile 65 Pf.
Annahme der Anzeigen bis spätestens vormittags
10 Uhr, für größere Tage vorher.
Eine Anzeige für die Aufnahme der Anzeigen
am nächsten oder am vorgeschriebenen Tage
sowie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben,
ebenso wenig für die Richtigkeit der durch Fern-
sprecher aufgegebenen Anzeigen.

Fernsprecher Nr. 110.

N 227.

Mittwoch, den 1. Oktober

1919.

Städtischer Lebensmittelverkauf.

Mittwoch, 1. Oktober, Marke G 4: 90 g Margarine zu 63 Pf., Marke G 5:
1 St. zu 100 Pf.
Donnerstag, 2. Oktober, Marke G 1: 250 g Suppe zu 90 Pf., Marke G 2:
500 g Kartoffelwurstmehl zu 60 Pf.
Freitag, 3. Oktober, Marke G 3: 250 g Marmelade zu 65 Pf., Nährmittel-
einschlüsse II 6: 250 g Bohnen zu 63 Pf.
Kindernährmittel: 125 g Griech zu 12 Pf., 125 g Reis.
Werdende u. stillende Mütter erhalten außer 125 g Griech 1 Pfd. Maismehl.
Eibenstock, den 29. September 1919.
Der Stadtrat.

Verkauf von Fleischkonserven

Mittwoch, den 1. bis. vorm. von 8—10 Uhr in der städtischen Verkaufsstelle
Vergleich 7. Preise wie bekannt.
Eibenstock, am 29. September 1919.

Der Stadtrat.

Weimar—Berlin.

Die Session der Nationalversammlung, die im August in Weimar ihren Abschluß fand, wird nunmehr in Berlin wieder aufgenommen. Aus dem ehemaligen Hoftheater in Weimar, das für die Gaftstätte, die es der deutschen Volksvertretung bot, 900000 Mark Rente und einen Danfesold von 300000 Mark erhalten hat, zieht die Versammlung in das Reichstagsgebäude in Berlin über, wo am 8. November 1918 — am 9. November brach die Revolution aus — die letzte Sitzung des alten Reichstags stattgefunden hatte. Seitdem war das imposante Haus vor dem Brandenburger Tor monatelang von den Revolutionären und Spartakisten besetzt gewesen, lag auch wiederholst im Mittelpunkt der Streitkämpfe, und mußte dann Wochen hindurch gejährt werden, bis es nun endlich wieder bewohnt wurde. Es muß gehofft werden, daß sich keine neuen Zwischenfälle an die Arbeit der jetzt gebenden deutschen Körperschaften knüpfen. Ihr Aufenthalt in Weimar war ja auch nicht immer so willkommen, wie es nach außen hin erschien. Wiederholter durch die Streiks im Erfurter und Halle-Weinhesseler Bezirk der Eisenbahnbetrieb so beeinträchtigt, daß man nur für die kurze Strecke von Weimar bis Naumburg freien Verkehr hatte und zur Fahrt nach Berlin der weite Umweg über Jena, Gera und durch das Königreich Sachsen gewählt werden mußte.

Von einer republikanischen Begeisterung ist in Weimar keine Rede gewesen, man hat dort geschafft, was man schaffen mußte. Die Verfassung, den Friedensvertrag, eine Anzahl von Steuergesetzen, unter denen die Erbschaftssteuer auch für die nächsten Familiengliederungen die wichtigste war. Es war oft eine leidvolle Arbeit, besonders die Annahme des Friedensvertrages, die mit einem Wechsel des Reichsministeriums verbunden war. Der Ministerpräsident Scheidemann fand seinen Nachfolger in Herrn Bauer, der Reichspräsident Ebert wurde gewählt und vereidigt. Der deutschen Republik war die äußere Form gegeben, aber Ruhe und Ordnung innerhalb dieses Rahmens unbedingt zu sichern, ist noch nicht gelungen. Wir werden sehen, ob Berlin fertig bringt, was bisher von Weimar aus nicht gelungen war. Jedenfalls erscheint es recht notwendig, daß die Nationalversammlung der Reichsregierung die Energie stärkt. Alle parlamentarische Arbeit muß unterschätzbar bleiben, wenn der Boden, dem sie gilt, dürr und öde siegen bleibt. Mit dem Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft ist es noch nichts.

Die bevorstehenden Arbeiten der Nationalversammlung gelten sozialen Maßnahmen, die zu unterstützen nur nachteilig wirken kann, und der Befreiung des Steuerwerkes. Im Friedensvertrag ist vorgesehen, daß wir nicht weniger Steuern aufzutragen sollen, als Frankreich, und wir werden nun sehen, was daraus wird. Es kommt nicht nur darauf an, was wir aufzubringen vermögen, sondern was die Wiedergutmachungscommission der Entente, unter deren Kontrolle wir stehen, für recht befindet. Die großen Abgaben, die uns jetzt zunächst harren, sind die Vermögensabgabe, die Kapitalrentensteuer, die Aufzahnsabgabe, die Reichseinkommensteuer, die Umsatzsteuer. Bei jeder von diesen Lasten sind nicht,

nur die Einnahmen zu beachten, sondern auch die Folgen. Es zeigen sich jetzt schon in dem Vorberatungsausschuß erhebliche Bedenken, und es müssen jedenfalls dieselben eingehend geprüft werden. Wenn der deutsche Nährstand tot gesteuert worden ist, macht ihn nichts wieder lebendig. Und das bedeutet doch unsere Zukunft. Außer Arbeits- und Steuerverhältnissen bedürfen auch die Handelsbeziehungen und der noch immer recht fragwürdige Zustand auf dem Lebensmittelmarkt nachdrücklicher Erörterung. So wie es jetzt mit Schleißhandel und Bucher steht, kann es unmöglich noch lange weiter gehen. Auch die auswärtigen Angelegenheiten müssen kraftvoller angepackt werden, damit wir nicht riskieren, daß sie uns ganz aus der Hand gerissen werden. Die Böller, die den Raden beugen, werden nur noch tiefer gedrückt. Wir haben dafür zu sorgen, daß Deutschland wieder den Platz einnimmt, der ihm trotz aller traurigen Ereignisse des letzten Jahres zukommt. Am 5. Oktober 1918 wurde von uns der erste Schritt zur Einleitung der Waffenstillstandsverhandlungen getan, und heute ist der Friede noch immer nicht ratifiziert, obwohl er am 28. Juni 1919 unterzeichnet worden ist.

Wm.

Streik überall.

England vor schweren wirtschaftlichen Kämpfen.

Augenblicklich liegt die ganze Welt in jähren wirtschaftlichen Kämpfen. Das Streikfeuer, das Deutschland durchzündet, breitet sich über die ganze zivilierte Welt aus und beginnt unsere Feinde in gleicher Weise wie uns zu ergreifen. Aus Amerika kommen alarmierende Nachrichten. Über Frankreich lagern gewitterte Wölfe, und jeden Augenblick kann der Sturm losbrechen. Um schwersten Betrosen ist augenblicklich unser Hauptfeind England. Nach den letzten Londoner Meldungen liegt dort der gesamte Bahnhof still. Den Eisenbahnen hat sich das Personal der elektrischen Bahnen und der Londoner Untergrundbahn angeschlossen, die Transportarbeiter haben beschlossen, sich am Streik zu beteiligen. Der Verband der Maschinen- und Heizer hat sich mit den Streikenden solidarisch erklärt und steht der Streikleitung zur Verfügung. Die irischen Eisenbahnarbeiter warten auf das Zeichen zum Beginn, die Gießereien streiken schon seit längerer Zeit. Wenn nun noch, was befürchtet wird, sich die Grubenarbeiter dem Streik anschließen, stehen alle größeren Arbeiterverbände im Streik. England würde dadurch in den größten Wirtschaftskampf geraten, den es je durchzuführen hatte.

Über die Dauer des Streiks läßt sich noch nichts sagen, auch seine Wirkungen sind noch nicht zu übersehen, da nur unzureichende Meldungen vorliegen, über die Forderungen der Streikenden ist noch nichts Genaues bekannt, daß politische Momente mitspielen, ist wahrscheinlich.

Die englische Regierung wird sich nicht scheuen, die äußerschärfsten Maßnahmen gegen den Streik einzutreten, sie bezeichnet ihn als zwecklos und überflüssig und fordert das Publikum auf, mit allen Kräften sie zu unterstützen, der Streik sei ein Kampf gegen die Interessen der Allgemeinheit. Die Demo-

Städtischer Verkauf von Hühnersutter

Mittwoch, den 1. bis. vorm. von 10—12 Uhr in der städt. Verkaufsstelle,
Vergleich 1.

Eibenstock, am 29. September 1919.

Der Stadtrat.

Rußholzversteigerung. Hundshübler Staatsforstrevier.

Gasthaus „Muldental“ in Aue.

Donnerstag, den 9. Oktober 1919, vorm. 10 Uhr:

4841 w. Stämme 10—19 cm stark, 1481 w. Stämme 20—38 cm stark,
3035 " Klöße 8—15 " 794 " Klöße 16—22 "
427 " 23—43 " in Abt. 8, 21, 46, 67, 68 u. 81 (Kahlsläge).

Forstrevierverwaltung Hundshübel.

Forstamt Eibenstock.

bildmachung ist unterbrochen, die Militärurkraut werden zurückgerufen, die Bahnen militärisch besetzt. Die Lebensmittelrationierung ist sofort wieder eingeführt worden. Alle Transportmittel werden herangezogen, um die Lebensmittelversorgung sicherzustellen. Lastautos werden in großem Umfang requiriert. Der Personennahverkehr wird durch Autos und Flugzeuge ermöglicht. Nach den leichten offiziellen Meldungen beläuft sich die Zahl der Streikenden auf $\frac{1}{2}$ Million. Lebensmittelversorgung und Postdienst seien gesichert.

Gegenmaßnahmen gegen den Berliner Metallarbeiterstreik.

Auch in Berlin scheint der Kampf gegen den Metallarbeiterstreik langsam Erfolg zu gewinnen. Die Taktik der Streikleitung, nur die wichtigen Teile der Betriebe streiken zu lassen, damit die dadurch an der Arbeit gehinderte Mehrzahl der Arbeiter der Gewerkschaftsunterstützung zur Last fällt, wird dadurch zunächst gemacht, daß die Gemeinden beschlossen haben, diesen Arbeitern keine Arbeitslosenunterstützung zu zahlen. Dies hat lähmend auf die Streiklust zahlreicher Arbeiter eingewirkt. Hinzu kommt, daß die Streikleitung sich in Geldsorgen befindet, der deutsche Metallarbeiterverband kann aus eigenen Mitteln den Streik nicht mehr lange aufrecht erhalten. Es wird eine allgemeine Unterstützungsaktion unter den Arbeitern für die Streikenden geplant. Doch scheint die Arbeiterschaft diesem Plan nicht günstig zu sein. Denn man kommt immer mehr zu der Überzeugung, daß es sich um eine Kraftprobe der Unabhängigen und Kommunisten handelt. Die mehrheitssozialistischen Metallarbeiter versammeln sich Dienstag abend, um dazu Stellung zu nehmen, da sie sich nicht als Vorspann der Unabhängigen und Kommunisten gebrauchen lassen wollen.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

Die bevorstehende Umbildung des Reichskabinetts. Montag nachmittag trafen die Vorstände der mehrheitssozialistischen, der Zentrum und der demokratischen Fraktion beim Reichsfanzer zusammen, um endgültige Beschlüsse über den Wiedereintritt der Demokraten in die Regierung zu fassen, bzw. welche Portefeuilles sie besetzen sollen. Außerdem wird beabsichtigt, für die Aufgaben des Wiederaufbaus und der Wiedergutmachung ein besonderes Wiederaufbau-Ministerium zu schaffen. Werner hat sich als notwendig herausgestellt, für den Vorstand im Reichsrat, den nach der Verfassung ein Reichsminister führen muß, ein Kabinettmitglied zu bestellen, das nicht mit Ressortarbeit zu sehr überhäuft ist. Es soll hierfür ein Minister ohne Portefeuille bestellt werden, der zugleich die allgemeine Stellvertretung des Reichskanzlers übernehmen soll.

— Eine deutsche Note an die französische Regierung wegen der Ludwigshafener Unruhen. Die deutsche Regierung hat in der Gelegenheit der bei den Ludwigshafener Unruhen